

zeitschrift

für

sozialökonomie

- Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte
– Schwanenkirchen, Wörgl und andere
Freigeldexperimente – 3
- La monnaie fondante – das umlaufgesicherte
Geld 21
- Zur Durchsetzung gesellschaftlicher
Neuerungen 22
- Soziale Innovation: Das Neue will gelernt
sein 24
- Von der Revolution zur Subversion 27
- Geld – Umlauf – Umlaufssicherung 30
- Jenseits von nachfrage- und
angebotsorientierter Wirtschaftspolitik 46
- Buchbesprechungen 49

57./58. Folge

20. Jahrgang

Mai 1983

mensch · technik · gesellschaft

FREIGELDEXPERIMENT
1933 · Wörgl/Tirol · 1983

Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte

– Schwanenkirchen, Wörgl und andere Freigeldexperimente –

Übersicht

- 1 Vor 50 Jahren: Selbsthilfe-Aktionen zur Überwindung der Wirtschaftskrise
- 2 Der geistige Hintergrund
- 3 Die Reihenfolge praktischer Freigeldexperimente
 - 3.1 Die Wära-Tauschgesellschaft und der lokale Wirtschaftsaufschwung in Schwanenkirchen
 - 3.2 Die Nothilfe-Aktion der Gemeinde Wörgl und ihre internationale Ausstrahlung ...
 - 3.3 ... auf die Schweiz
 - 3.4 ... auf Frankreich
 - 3.5 ... auf Spanien
 - 3.6 ... und auf die Vereinigten Staaten von Amerika
 - 3.7 Späte Nachzügler in Frankreich und Brasilien
- 4 Die Bedeutung wirtschaftlicher Experimente für Gegenwart und Zukunft

1 Vor 50 Jahren: Selbsthilfe-Aktionen zur Überwindung der Wirtschaftskrise

Große, von der Philosophie der Aufklärung genährte Hoffnungen auf ein menschliches Leben in Freiheit standen am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Der moderne Kapitalismus hat sie jedoch nicht erfüllen können. Wie ein Schatten begleitete seine Entwicklung deshalb eine Vielzahl von sozialen Bewegungen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem entweder umgestalten oder wieder ganz abschaffen wollten, um die Verheißungen der Aufklärung doch noch Wirklichkeit werden zu lassen.

Die sozialen Bewegungen brachten meistens Vorstellungen hervor, wie das bestehende Wirtschaftssystem als Ganzes auf dem Wege der Reform oder

Revolution verändert werden könnte. Daneben hat es jedoch aufgrund fehlender Aussichten auf die parlamentarische Durchsetzung von Reformen oder enttäuschender Ergebnisse von Revolutionen immer auch Bestrebungen gegeben, in kleinerem Rahmen mit anderen Lebensformen zu experimentieren und kleine Modelle als Keime einer besseren Welt zu schaffen.

So versuchte zum Beispiel der englische Frühsozialist Robert OWEN, seine Vorstellungen in seiner Mustersiedlung 'New Harmony' zu verwirklichen. Von dem Franzosen CABET und anderen frühen Kommunisten sind Initiativen zur Gründung güttergemeinschaftlicher Kolonien ausgegangen, die jedoch allesamt wieder auseinandergefallen sind. Gegen Ende des letzten Jahrhunderts trat der Liberalsozialist Franz OPPENHEIMER für die Idee der Siedlungsgenossenschaft ein, von der später starke Impulse auf die israelische Kibbuz-Bewegung ausgegangen sind. Und im Werk des freiheitlichen Sozialisten und Kulturphilosophen Gustav LANDAUER flossen alle bisherigen Strömungen des Experimentierens mit alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen zusammen, um miteinander verschmolzen zu werden und in die Vorstellung einer Föderation von verschiedenen autonomen und untereinander in Gerechtigkeit tauschenden Wirtschaftsgemeinden einzumünden.

In der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise hat es noch eine weitere Form solcher sozialreformerischen Experimente gegeben, die der Erprobung eines neuartigen Geldes galten. Sie stellten zugleich auch regelrechte Selbsthilfe-Aktionen zur Überwindung der Wirtschaftskrise dar. Anders als ihre zahlreichen Vorläufer konnten diese Experimente schon bald nach ihrem Beginn spektakuläre Achtungserfolge erzielen und in der internationalen Presse ein großes Aufsehen erregen. Sie wurden aber nach einer gewissen Zeit wieder verboten und gerieten dann während des zweiten Weltkriegs und des darauffolgenden Wirtschaftswunders nahezu völlig in Vergessenheit. Um sie der Gegenwart wieder in Erinnerung zu rufen und damit auch eine alte Lücke in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung zu schließen, soll ihre Aufzeichnung hier nach nunmehr fünfzig Jahren nachgeholt werden.

2 Der geistige Hintergrund

Ebenso wie die zahlreichen früheren ökonomischen Experimente hatten auch die Versuche, von denen hier die Rede sein soll, einen geistigen Hintergrund. Er wurde gebildet von den Theorien des Kaufmanns und Wirtschaftsschriftstellers Silvio GESELL.¹ Auch sein zentrales Anliegen war es, die Fehlentwicklung des klassischen Liberalismus zum Kapitalismus zu korrigieren. GESELL wollte sowohl die Konzentration von Produktionsmitteln als auch die Anfälligkeit der Wirtschaft für Krisen mit Kaufkraftschwankungen und Arbeitslosigkeit überwinden. Er trat jedoch im Gegensatz zu den Theoretikern anderer sozialer Bewegungen nicht für eine Abschaffung des Marktes ein – die in vielen Ländern mittlerweile zu unerwarteten Mißerfolgen geführt hat, sondern für eine nichtkapitalistische Marktwirtschaft, zu deren Verwirklichung er eine Reform des geltenden Bodenrechts und der bestehenden Geldverfassung forderte.

Durch eigene Erfahrungen mit einer krisenhaften Zerrüttung der Währung, die GESELL während seiner praktischen Tätigkeit in Argentinien sammelte, fand er Bestätigungen für die alte, zu seiner Zeit aber nicht anerkannte Quantitätstheorie des Geldes; ihr zufolge gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Geldmenge und dem durchschnittlichen Preisniveau, d.h. der Kaufkraft des Geldes. Wenn inflationäre und deflationäre Kaufkraftschwankungen sowie Unterbeschäftigung vermieden und eine stabile krisenfreie Wirtschaft geschaffen werden sollen, müsse die Menge des in Verkehr gegebenen Geldes laufend an das sich verändernde Volumen der Güter und Dienste angepaßt werden.

GESELL verfeinerte die Quantitätstheorie aber noch, indem er auch den tatsächlichen Umlauf des Geldes sichergestellt wissen wollte. Die Störungen des Wirtschaftslebens durch die Hortung von Geld wollte er auf folgende Weise verhindern: In regelmäßigen Zeitabständen sollten die Geldscheine mit gebührenpflichtigen Marken beklebt werden, d.h. die längere Haltung von Geld sollte genauso wie die Lagerhaltung von Waren gewissen Kosten unterliegen.

Diesen Kosten der Geldhaltung kann aber jedermann ausweichen, wenn er sein Geld zügig wieder in den Wirtschaftskreislauf einleitet – entweder in Form von Ausgaben für Konsumgüter oder auf dem Wege von Spareinlagen bei Banken. GESELL erwartete, daß die Menschen unter solchen Umständen bemüht sein würden, die Haltung von Geld auf ein unumgängliches Minimum zu begrenzen und damit die Hortung ihrer Zahlungsmittel zu ihrem eigenen Vorteil unterlassen. In der 'Strafgebühr' für gehortetes Geld erblickte er eine Art Garantie für einen stetigen und reibungslosen Umlauf

der Zahlungsmittel. Und gerade dies ist der tiefere Sinn des von ihm so benannten 'Freigeldes', für dessen Durchführung es heute sicherlich technisch elegantere Mittel gäbe. –

Die gegen Ende des letzten Jahrhunderts während einer schweren Wirtschaftskrise in Argentinien durchgeführte TORNQUISTSche Bankreform beruhte zum Teil auf GESELLs Vorschlägen² und trug zum gewünschten Wiederaufschwung der Wirtschaftskonjunktur bei. Nach seiner Rückkehr nach Europa ergab sich für GESELL eine Gelegenheit zur praktischen Erprobung seiner Theorie, als am 7. April 1919 in München die erste Bayerische Räterepublik ausgerufen wurde. Auf Vorschlag ihres Präsidenten Ernst NIEKISCH sowie Gustav LANDAUERS wurde GESELL in das Amt des Volksbeauftragten für das Finanzwesen berufen; der Schweizer Arzt und Mathematiker Theophil CHRISTEN und Karl POLENSKE, Professor der Rechte in Greifswald, wurden Rechnungsbeirat und Rechtsbeirat des Volksbeauftragten.³

Nachdem GESELL die Deutsche Reichsbank in Berlin von seinen Plänen unterrichtet hatte, telegraphierte deren Präsident HAVENSTEIN nach München: „Ich warne Sie vor Experimenten.“⁴ Die Wirren der Revolution machten diesem Experiment jedoch ein vorschnelles Ende, denn bereits eine Woche nach ihrem Amtsantritt wurde die Regierung NIEKISCH von Kommunisten gestürzt und durch LEVIEN und LEVINE abgelöst. Wenige Jahre später machte dann HAVENSTEIN sein Experiment mit der Trillionen-Inflation, vor das ihn GESELL vergeblich gewarnt hatte.

- 1 S. GESELL, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 1. Auflage Bern 1916; 9. Auflage Lauf 1949
- 2 S. GESELL, El Sistema Monetario Argentino – Sus Venturas y su Perfeccionamiento, Buenos Aires 1893 und La Cuestion Monetaria Argentina, Buenos Aires 1898
- 3 G. LANDAUER war seit längerem mit GESELLs Theorien vertraut und befürwortete sie. „Sehr wertvoll sind darum die Vorschläge, die Silvio GESELL gemacht hat. ... (Er) ... ist einer der ganz wenigen, die von PROUDHON gelernt haben, seine Größe anerkennen und im Anschluß an ihn zu selbständigem Weiterdenken gekommen sind.“ (G. LANDAUER, Aufruf zum Sozialismus, Frankfurt 1967, S. 159) – Vgl. auch Th. CHRISTEN, Das Geldwesen – ein dynamisches System, Bern 1920
- 4 zitiert nach K. POLENSKE, An Alle! – Das proletarische Finanz- und Wirtschaftsprogramm des Volksbeauftragten der bayerischen Räterepublik Silvio GESELL, Berlin o.J. (etwa 1920–1922), S. 12. – Vgl. auch die beiden am 20. und 21. 4. 1919 von E. SCHNEIDER mit GESELL geführten Interviews, in: H. VIESEL (Hg.), Literaten an der Wand – Die Münchner Räterepublik und die Schriftsteller, Frankfurt 1980 (Buchergilde Gutenberg)

3 Die Reihenfolge praktischer Freigeldexperimente

GESELLs geldpolitischer Vorschlag zur Überwindung von Wirtschaftskrisen wurde seinerzeit von der Volkswirtschaftslehre kaum beachtet. Da damals außerdem keinerlei Aussicht bestand, Parlamentsmehrheiten für diesen Vorschlag zu finden und ihm politisches Gewicht zu verleihen, faßten Anhänger GESELLs den Entschluß, den Gedanken in kleinem Rahmen unmittelbar in die Tat umzusetzen. Anstatt sich mit Wahlkampfversprechen am Kampf der Parteien um die politische Macht zu beteiligen, wollten sie ein praktisches Exempel statuieren und damit die Richtigkeit dieses Vorschlages unter Beweis stellen. Sie hofften, daß von einem solchen beispielhaften Vorbild eine große Ausstrahlungskraft ausgehen würde. Auf diese Weise und nicht durch endlose Diskussionen sollte die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer Sicherung des stetigen Geldumlaufs überzeugt werden.

3.1 Die Wära-Tauschgesellschaft und der lokale Wirtschaftsaufschwung in Schwanenkirchen

In dieser Absicht begannen Hans TIMM und Helmut RÖDIGER 1926 mit den Vorbereitungen für die praktische Erprobung eines umlaufgesicherten Geldes. Sie führten im Oktober 1929 – etwa zur gleichen Zeit, als die große Weltwirtschaftskrise begann – in Erfurt zur Gründung einer Wära-Tauschgesellschaft. Ihrer Satzung zufolge verstand sie sich als eine private „...Vereinigung zur Bekämpfung von Absatzstockung und Arbeitslosigkeit. Ihr Ziel ist die Erleichterung des Waren- und Leistungsaustausches unter ihren Mitgliedern durch die Ausgabe von Tauschbons.“⁵ Nach zwei Jahren gehörten der Tauschgesellschaft bereits mehr als eintausend Firmen aus allen Teilen des damaligen Deutschen Reiches als Mitglieder an.⁶ Unter ihnen waren Lebensmittelgeschäfte, Bäckereien, Molkereien, Restaurants, Reformhäuser, Schlachtereien, Blumenläden, Friseursalons, Handarbeitsläden, Möbelgeschäfte, Elektrohändler, Fahrradgeschäfte, verschiedene Handwerksbetriebe, Druckereien, Buchhandlungen und Kohlenhandlungen.

Alle diese Firmen führten das Hinweisschild 'Hier wird Wära angenommen.' Wära war die Bezeichnung für die Tauschbons, die die Geschäftsstelle der Tauschgesellschaft auf Anforderung und nach

Bedarf gegen Reichsmark oder sonstige Devisen oder gegen Quittung und Sicherheitsleistung an örtliche Wechselstellen ausgab. Solche Wechselstellen gab es unter anderen in Berlin, Bielefeld, Bonn, Chemnitz, Dortmund, Düsseldorf, Eisenach, Erfurt, Freiburg, Halle/S., Hamburg, Köln, Leipzig und Nürnberg. Sie händigten die Wära-Scheine – wiederum gegen Reichsmark, sonstige Devisen oder hinreichende Sicherheiten – in der gewünschten Höhe an Firmen und Einzelpersonen in Nennwerten von ½, 1,2 und 5 Wära aus.

Zwischen diesen Firmen und Einzelpersonen lief nunmehr die Wära anstelle der Reichsmark als Tauschmittel um. Die Firmen bezahlten (zumindest teilweise) die Löhne und Gehälter in Wära aus und mit derselben Wära kauften sich die Einzelpersonen die gewünschten Güter. So entstand innerhalb der deutschen Wirtschaft allmählich ein kleiner separater Kreislauf von Ersatzzahlungsmitteln neben dem von krisenhaften Stockungen gestörten Kreislauf der Reichsmark.

Gemäß den Vorstellungen GESELLs waren diese Wära-Scheine mit einem Umlaufantrieb ausgestattet, der ihre krisenauslösende Hortung verhindern sollte. Die Scheine waren nämlich auf ihrer Rückseite mit zwölf Feldern bedruckt, auf die in jedem Monat jeweils eine Marke von einem Prozent des Nennwerts aufgeklebt werden mußte. Die Mitglieder der Tauschgesellschaft mußten also in Höhe von einem Prozent des in ihren Händen befindlichen Wärabetrags am Monatsende Marken bei den örtlichen Wechselstellen erwerben, wenn sie sicher gehen wollten, daß ihre Zahlungsmittel auch im nächsten Monat ihren vollen Nennwert behielten.

Die Marken stellten demnach eine 'Strafgebühr' für die Nichtnutzung der Wära als Tauschmittel dar. Dieser allmonatlich fälligen Strafgebühr konnten die Mitglieder entgehen oder sie zumindest auf ein Minimum begrenzen, wenn sie die Wära für Warenverkäufe verwendeten oder als Ersparnisse bei der Geschäftsstelle hinterlegten, die sie ihrerseits wieder in Form von Krediten verleihen konnte. Aus dem Bestreben, die Entrichtung der Strafgebühr möglichst zu vermeiden, resultierte im Endeffekt der für alle Beteiligten vorteilhafte stetige Umlauf der Wära. Die einzelnen Scheine wurden übrigens nach Ablauf eines Jahres, wenn alle Felder beklebt waren, innerhalb einer festgesetzten Frist gegen neue Scheine umgetauscht. –

5 zitiert nach WÄRA – Handelsblatt (Stirn Verlag Hans Timm in Hochheim b/Erfurt) 1. Jg. (1931) Nr. 1, S. 4

6 vgl. WÄRA – Handelsblatt 1. Jg. (1931) Nr. 6, S. 3



Abbildung 1: Deutscher Wära-Schein (Vorder- und Rückseite)

Internationales Aufsehen erregte dieses erste praktische Freigeldexperiment, als der bis dahin noch kleine überregionale Wära-Kreislauf sich gegen Ende des Jahres 1930 in der 500 Einwohner zählenden niederbayerischen Ortschaft Schwanenkirchen bei Deggendorf zu einem lokalen Knotenpunkt verdichtete. In Schwanenkirchen gab es damals ein Braunkohlenbergwerk, das die Stadt Deggendorf und nach ihr eine private Aktiengesellschaft betrieben hatten. Als das Unternehmen wie so viele deutsche Kohlegruben in Absatzschwierigkeiten geriet und die Halden immer größer wurden, weil der englische Kohlebergbau seit Mitte der zwanziger Jahre Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt errungen hatte, war es 1927 wegen mangelnder Rentabilität stillgelegt worden. Da es der mit Abstand größte Arbeitgeber in dieser Gegend gewesen war, kam das gesamte Wirtschaftsleben hier rasch zum Erliegen.

Im Herbst 1930, als die Weltwirtschaft sich bereits mitten in ihrer großen Deflationskrise befand, konnten Schwanenkirchen und seine Nachbargemeinden Hengersberg und Schöllnach jedoch einen spektakulären Ausweg aus der Krise finden. In der Zwischenzeit hatte der Bergbauingenieur *HEBECKER* das Schwanenkirchener Bergwerk bei einer Versteigerung erworben. Zunächst fehlte ihm zwar das nötige Betriebskapital für eine Wiederaufnahme der Produktion, da ihm die Banken keinen Kredit geben wollten. Aber nachdem er sich an die Wära-Tauschgesellschaft gewandt, erhielt er von ihr einen Kredit in Höhe von 50.000 Wära. Mit diesem Geld konnte *HEBECKER* das Bergwerk wieder in Betrieb nehmen; er beschäftigte zunächst sechzig Bergleute und stellte bald darauf weitere ein. Neunzig Prozent ihres Lohnes wurden in Wära und die restlichen zehn Prozent in Reichsmark ausbezahlt.

Anfangs waren die örtlichen Geschäftsleute skeptisch gegenüber diesem ungewöhnlichen Geld und weigerten sich, es als Zahlungsmittel anzunehmen. Als *HEBECKER* aber begann, sich von mitteldeutschen Mitgliedsfirmen der Tauschgesellschaft mit Waren beliefern zu lassen und diese in der Werkskantine gegen Wära zu verkaufen, erkannten sie, daß ihnen hier durch eigene Zaghaftheit ein gutes Geschäft entging, und erklärten sich zur Annahme der Wära bereit.

Während die Massen von Arbeitslosen andernorts große Not zu leiden hatten, kam die lokale Wirtschaft in Schwanenkirchen, Hengersberg und Schöllnach wieder in Gang. Als bald war die Rede von der „Wära-Insel im Bayrischen Wald“⁷, wo die Arbeitslosigkeit gebannt war und wo die umlaufgesicherten Wära-Scheine einen stetigen Absatz der Waren vermittelten. –

Die von den Initiatoren der Tauschgesellschaft in die Wära gesetzten Erwartungen schienen sich in Schwanenkirchen zu erfüllen. Die Idee eines umlaufgesicherten Geldes hatte bei ihrer ersten praktischen Erprobung in kleinem Rahmen ihre grundsätzliche Richtigkeit erwiesen und das Schwanenkirchener Beispiel wurde in der deutschen Öffentlichkeit beachtet.

Der Erfolg der Wära weckte jedoch auch den Argwohn der Deutschen Reichsbank. Sie mußte befürchten, daß durch eine weitere Verbreitung der Wära zugleich die Reichsmark als offizielles Zahlungsmittel verdrängt wurde. Dem Interesse der Deutschen Reichsbank an der Wahrung ihres Ansehens kam es deshalb sehr gelegen, daß der Reichsfinanzminister *H. DIETRICH* im Zuge der *BRÜNING*-schen Notverordnungen die Herstellung, Ausgabe und Benutzung jeglichen Notgeldes im Oktober 1931 durch eine Verordnung verbot. Der § 1, Abs. 3 dieser Verordnung bestimmte, daß auch die Wära-Scheine als Notgeld anzusehen seien; damit waren auch sie von diesem Verbot betroffen.

Trotz seines verheißungsvollen Beginns mußte das Freigeldexperiment von Schwanenkirchen Ende 1931 abgebrochen werden. *HEBECKER* sah sich gezwungen, sein Bergwerk wieder zu schließen und die Bergleute zu entlassen. Die Wära-Insel mit ihren drei Dörfern Schwanenkirchen, Hengersberg und Schöllnach wurde von Krisenwellen überflutet. In Anbetracht dieser Auswirkungen der Verbotverordnung ist es geradezu makaber, daß sie ausgerechnet die Bezeichnung „Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“⁸ trug.

Nachdem dieser in kleinem Rahmen bewährte und durchaus erfolgversprechende Weg aus der Krise versperrt und die damalige Regierung *BRÜNING* mit ihren berüchtigten Notverordnungen der Wirtschaft eine noch größere Not verordnete, nahm die Arbeitslosigkeit unaufhaltsam zu. Sie trieb die verzweifelten Massen in die Arme der Nationalsozialisten, die sie dann mit leeren Versprechungen in die Irre führen konnten. –

Die Reichsregierung konnte zwar die Wära in Deutschland verbieten; sie vermochte aber damit nicht die Ausstrahlungskraft auszulöschen, die das Schwanenkirchener Beispiel schon weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus bekommen hatte. Wie ein glühender Funke sprang der Gedanke der Schaffung eines ununterbrochenen Geldkreislaufs zunächst auf Österreich und von dort auf andere Länder über.

7 So lautete der Titel eines Artikels in der Süddeutschen Sonntagspost 5 Jg. (1931) Nr. 11, S. 9

8 vgl. Wära-Handelsblatt 1. Jg. (1931) Nr. 10, S. 1

3.2 Die Nothilfe-Aktion der Gemeinde Wörgl und ihre internationale Ausstrahlung ...

Während die Wära-Tauschgesellschaft in Deutschland eine netzwerkähnliche überregionale Selbsthilfe-Aktion auf privater Basis war, unternahm die Marktgemeinde Wörgl in Tirol auf Initiative ihres sozialdemokratischen Bürgermeisters Michael *UNTERGUGGENBERGER* eine Selbsthilfe-Aktion auf kommunaler Ebene. *UNTERGUGGENBERGER* kannte die Theorien *GESELLS* ebenso wie *HEBECKER*. Er hatte aus der Presse von der Wära-Insel in Schwankenkirchen gehört und sich daraufhin in briefliche Verbindung mit *HEBECKER* gesetzt.

In der damals 4200 Einwohner zählenden Marktgemeinde Wörgl waren im Zuge der internationalen Deflationskrise bis zum Frühjahr 1932 rund 400 Menschen arbeitslos geworden. In der näheren Umgebung gab es weitere 1100 Arbeitslose. Wegen Absatzstockungen hatten die örtlichen Firmen die Produktion weitgehend einstellen und ihre Beschäftigten entlassen müssen. Eine Zellulosefabrik entließ beispielsweise 350 Arbeiter, eine Zementfabrik im nahegelegenen Kirchbichl rund 50 Arbeiter. Desgleichen waren Entlassungen in einer Sandziegelfabrik und in zwei Sägewerken notwendig geworden. Und von den rund 300 auf der Bahnstation Beschäftigten wurden etwa 100 entlassen (in Wörgl kreuzen sich die großen Bahnlinien Innsbruck – Salzburg – Wien und Triest – Ljubljana – Villach – München).⁹

Das örtliche Wirtschaftsleben kam dadurch in erheblichem Umfang zum Erliegen. Infolgedessen gingen die Steuereinnahmen der Gemeinde rapide zurück – im ersten Halbjahr 1932 konnte sie ganze 3000 Schilling an Steuern einnehmen! – und ihre finanzielle Situation nahm katastrophale Ausmaße an. Die Verschuldung der Gemeinde belief sich auf über 1,3 Mio Schilling; aufgrund ausbleibender Steuereingänge war an eine Tilgung dieser Schulden nicht zu denken, und für ihre Verzinsung mußten neue Kredite aufgenommen werden.¹⁰

Um die große soziale Not in Wörgl zu bekämpfen, hatte der Bürgermeister *UNTERGUGGENBERGER* in Absprache mit den am öffentlichen Leben der Gemeinde teilnehmenden Einwohnern ein kommunales „Nothilfe-Programm“ vorbereitet. Es hatte den folgenden Inhalt: „Langsamer Geldumlauf ist die Hauptursache der bestehenden Wirtschaftslähmung... Jede Geldstauung bewirkt Warenstauung und Arbeitslosigkeit... Das träge und langsam umlaufende Geld der Nationalbank muß im Bereich der Gemeinde Wörgl durch ein Umlaufmittel ersetzt werden, welches seiner Bestimmung als Tauschmittel besser nachkommen wird als das übliche Geld. Es sollen 'Arbeitsbestätigungen' in drei Nennwerten zu 1,5 und 10 Schilling ausgegeben

und in Umlauf gesetzt werden... Um das wirtschaftliche Leben in der Gemeinde wieder aufwärts zu bringen, sollen auch nach einem... Plane öffentliche Arbeiten damit durchgeführt und bezahlt werden.“¹¹

Auf der Sitzung des örtlichen Wohlfahrtsausschusses am 5.7.1932 legte *UNTERGUGGENBERGER* dieses Programm zur Abstimmung vor. Es wurde von allen Parteien unterstützt und einstimmig angenommen. Die Durchführung begann damit, daß der Wohlfahrtsausschuß in einer Gesamthöhe von 32.000 Schilling Arbeitsbestätigungsscheine drucken ließ und diese gegen eine entsprechende Summe von Schillingen an die Gemeindekasse verkaufte. Die Arbeitsbestätigungsscheine waren ebenso wie die deutschen Wära-Scheine mit einem Umlaufantrieb ausgestattet. Zu jedem Monatsbeginn sollten diejenigen Personen, in deren Händen sich die Scheine gerade befanden, in Höhe von einem Prozent ihrer Nennwerte Klebmarken kaufen und auf eigens dafür vorgedruckte Felder aufkleben. Die Gemeindekasse wurde angewiesen, den Erlös aus dem Klebmarkenverkauf als Notabgabe an einen Armenfonds weiterzuleiten.

Am 31.7. 1932 begann die Gemeindekasse mit der Ausgabe der ersten Arbeitsbestätigungsscheine, indem sie damit Löhne und Gehälter an öffentlich bedienstete Arbeiter und Angestellte ausbezahlte. Mit diesen Scheinen wurden umgehend Steuern entrichtet, die die Gemeinde für weitere Lohnzahlungen sowie für die Rückzahlung von Schulden an Einwohner Wörgls verwendete.

Sobald die Arbeitsbestätigungsscheine auch für die Bezahlung von Waren verwendet wurden, entstand in Wörgl neben der österreichischen Landeswährung allmählich ein eigenständiger Kreislauf des kommunalen Ersatzgeldes. In diesem Kreislauf waren nicht nur die Gemeindekasse und die Lohn- und Gehaltsempfänger integriert, sondern auch die örtliche Raiffeisen Spar- und Darlehenskasse sowie die ortsansässigen Geschäftsleute. Sie waren allesamt bereit, die Arbeitsbestätigungsscheine als Zahlungsmittel anzunehmen.

9 Die Zahlenangaben sind entnommen aus F. SCHWARZ, Das Experiment von Wörgl, Bern 1951, S. 33 ff

10 Ein detailliertes Bild von der damaligen kommunalen Finanzlage gibt S. UNTERGUGGENBERGER, Der Schwundgeldversuch von Wörgl, Wien 1957, S. 15–22; der Autor ist ein Sohn des früheren Bürgermeisters, die zitierte Veröffentlichung seine an der Wiener Hochschule für Welthandel eingereichte Diplomarbeit.

11 zitiert nach F. SCHWARZ a.a.O., S. 39

Das Bestreben, der allmonatlich fälligen einprozentigen Strafgebühr durch rechtzeitige Weitergabe des Geldes auszuweichen, verbürgte einen im Vergleich zur offiziellen Landeswährung sehr viel regelmäßigeren Umlauf der Arbeitsbestätigungsscheine, so daß sich das Wirtschaftsleben in Wörgl langsam wieder erholen konnte. Auch die Finanzlage der Gemeinde begann sich zu bessern. Es gingen nicht nur Steuerrückstände und die laufenden Steuern bei ihr ein, sondern es wurden sogar vereinzelte Steuervorauszahlungen geleistet.

Eher als erwartet konnte der Bürgermeister deshalb die geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in die Wege leiten. Gemäß dem Nothilfe-Programm ließ er mit diesen Steuereinnahmen sowie einigen Zuschüssen aus der Arbeitslosenfürsorge und einem Notstandskredit des Bundes in Höhe von 12.000 Schilling, die zusammen genommen einen Betrag von über 100.000 Schilling ergaben, umfangreiche Straßenrenovierungs- und Instandhaltungsarbeiten durchführen, ferner Kanalisierungen, den Bau einer neuen Skisprungschanze und einer Straßenbeleuchtung.¹² Die Löhne wurden wiederum ausschließlich mit den Arbeitsbestätigungsscheinen bezahlt.

Während überall in Österreich die Zahl der Arbeitslosen vom August 1932 bis August 1933 um rund zehn Prozent von 334.000 auf 366.000 anstieg, konnte sie im Bereich der Gemeinde Wörgl im gleichen Zeitraum um 25 Prozent gesenkt werden.¹³ Nach diesem Erfolg konnte es nicht ausbleiben, daß auch das praktische Freigeldexperiment von Wörgl schon wenige Monate nach seinem Beginn nationales und internationales Aufsehen erregte und die Öffentlichkeit nachhaltig beeindruckte.

Wörgl wurde zu einem regelrechten „Mekka der Volkswirtschaft“¹⁴; aus mehreren Ländern kamen Wissenschaftler und Politiker oder sie schickten Delegationen, um das Experiment an Ort und Stelle zu studieren. In einer Rede vor einem Kongreß seiner Radikalsozialistischen Partei im Oktober 1934 schilderte der ehemalige französische Ministerpräsident und mehrfache Minister E. DALADIER später seine Eindrücke, die anlässlich seines Aufenthalts in Wörgl im Sommer 1933 gewonnen hatte. Die erfolgreiche praktische Erprobung der Theorien GESELLS führte ihn zu der Überzeugung, daß sie eine Möglichkeit bieten, „...die Bewegung von 1789 in wirtschaftlicher Hinsicht wieder aufzunehmen.“¹⁵

Das Freigeldexperiment von Wörgl erregte jedoch nicht nur ein spektakuläres Aufsehen in den Massenmedien, sondern es fand auch sehr schnell Nachahmung. Bereits fünf Monate nach seinem Beginn wurden im Januar 1933 in der 3000 Einwohner zählenden Nachbargemeinde Kirchbichl Arbeitsbestätigungsscheine in Umlauf gesetzt. Nach dem

Wörgler Vorbild erfolgte ihre Ausgabe auf dem Wege der Auszahlung von Löhnen an Arbeiter, die die Gemeinde für den Bau eines kommunalen Schwimmbads eingestellt hatte.

Schon bald darauf begann das Experiment von Wörgl weitere Kreise zu ziehen. Die Tiroler Gemeinden Hopfengarten, Brixen und Westendorf mit insgesamt 16000 Einwohnern beschlossen die Ausgabe von Arbeitsbestätigungsscheinen. Vorbereitungen für die Ausgabe dieses Ersatzgeldes liefen außerdem auch in Liezen (Steiermark), Linz (Oberösterreich), St. Pölten (Niederösterreich) und Lilienfeld (südlich von Wien). Im Juni 1933 hielt Michael UNTERGUGGENBERGER in Wien einen Vortrag vor 170 österreichischen Bürgermeistern. Sie hatten alle die Absicht, Wörgls „Wegweiser zur wirtschaftlichen Rettung Österreichs“¹⁶ zu folgen und auch in ihren Städten und Gemeinden dieses Freigeld einzuführen.

Das Freigeldexperiment von Wörgl war also offensichtlich auf dem besten Wege, sich wie ein Lauffeuer zu verbreiten. Aus dem kleinen Wära-Funken von Schwanenkirchen wäre in Österreich fast ein Flächenbrand entstanden, wenn die Österreichische Nationalbank nicht ebenso wie die Deutsche Reichsbank die Verdrängung ihrer offiziellen Landeswährung durch das Ersatzgeld gefürchtet und die Ausgabe von Arbeitsbestätigungsscheinen verboten hätte.

Der Artikel 122 der österreichischen Notenbankgesetzgebung behielt allein der österreichischen Nationalbank das Recht zur Ausgabe von Geldzeichen vor. Nach geltender Rechtsprechung stellte die Ausgabe der Arbeitsbestätigungsscheine durch die Gemeinde Wörgl einen Verstoß gegen das Privileg der Nationalbank dar; sie war also gewissermaßen

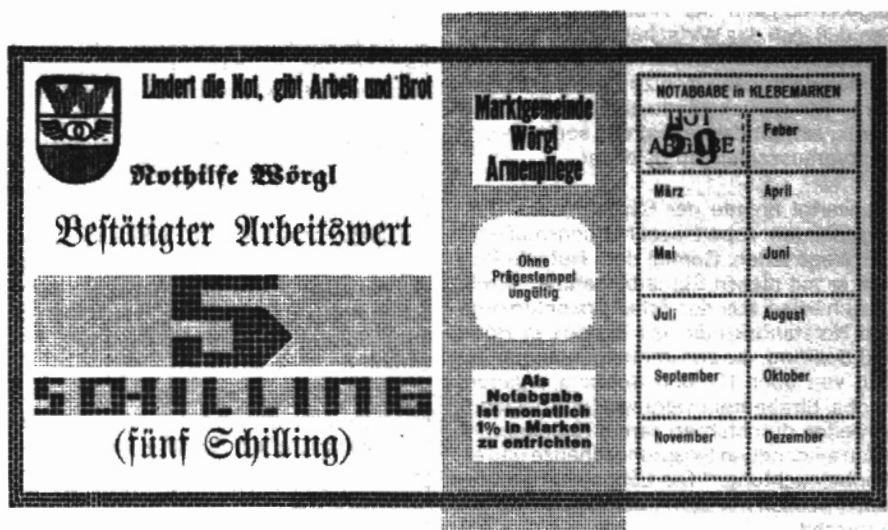
12 H. BURGSTALLER, Das Wörgler Beispiel, in H.K. SONDEREGGER/H. BURGSTALLER, Die Rettung Österreichs, Wörgl 1933, S. 50 ff

13 vgl. F. SCHWARZ a.a.O., S. 52, zu den Stellungnahmen der Wörgler Einwohner vgl. F. SCHWARZ a.a.O., S. 54–61; Angaben über den wirtschaftlichen Aufschwung der Gemeinde finden sich in S. UNTERGUGGENBERGER a.a.O., S. 35–45

14 C. BOURDET, Ein neues Mekka der Volkswirtschaft – Wörgl, in der in Paris erschienenen Zeitschrift „Illustration“ vom 9.9.1933, S. 56/57

15 E. DALADIER, Wirtschaftsreform und Freigeld, Bern o.J. (ca. 1935 oder 1936), S. 12. – In derselben Rede versicherte DALADIER auch, daß er in seiner „...Heimatstadt, falls sie einer solch erschreckenden Krise wie in Wörgl preisgegeben sein sollte, dieses System versuchen (wolle)“ (S. 30)

16 H. BURGSTALLER a.a.O., S. 55. – Die Namen der übrigen Ortschaften sind genannt bei F. SCHWARZ a.a.O., S. 68 sowie bei H. BURGSTALLER a.a.O., S. 64; das Wära-Handelsblatt 3. Jg. (1933) Nr. 7, S. 1 berichtet von entsprechenden Absichten in Hall/Tirol



An Alle! 2236

Langsam umlaufendes Geld hat die Welt in eine unerhörte Wirtschaftskrise und Millionen schaffender Menschen in unsägliche Not gestürzt. — Der Untergang der Welt hat (rein wirtschaftlich gesehen) seinen furchtbaren Anfang genommen. — Es ist Zeit, durch klares Erkennen und entschlossenes Handeln die abwärtsrollende Wirtschaftsmaschine zu retten, damit die Menschheit nicht in Bruderkriege, Wirnisse und Auflösung getrieben werde.

Die Menschen leben vom Austausch ihrer **Leistungen**. Der langsame Geldumlauf hat den Leistungsaustausch zum großen Teil unterbunden und Millionen arbeitsbereiter Menschen haben dadurch bereits ihren Lebensraum im Wirtschaftsgetriebe verloren. — Der Leistungsaustausch muß daher wieder gehoben und der Lebensraum für alle bereits Ausgestoßenen wieder zurückgewonnen werden. Diesem Ziele dient der Arbeitsbestätigungsschein der Marktgemeinde Wörgl:

Er lindert die Not, gibt Arbeit und Brot!

Abbildung 2: Arbeitswertbestätigungen der Gemeinde Wörgl (Vorder- und Rückseite)

verfassungswidrig. Der §207 der Tiroler Gemeindeordnung verpflichtete die Behörden auf Bezirksebene, bei etwaigen Rechtsverstößen gegen die betreffenden Gemeinden einzuschreiten. Im Auftrage des österreichischen Bundeskanzleramtes wies die Tiroler Landesregierung die Bezirkshauptmannschaft Kufstein deshalb an, der Gemeinde Wörgl die Ausgabe eigenen Geldes zu verbieten. Das Verbot erging bereits am 5.1.1933.

Bürgermeister *UNTERGUGGENBERGER* legte sofort eine Berufung gegen dieses Verbot ein; sie wurde jedoch im Februar 1933 von der Tiroler Landesregierung abgewiesen. Daraufhin beschloß der Wörgler Gemeinderat, eine Verwaltungsbeschwerde gegen die Tiroler Landesregierung in die Wege zu leiten. Diese Verwaltungsbeschwerde durchlief alle Instanzen bis hin zum Verwaltungsgerichtshof in Wien. Sie blieb aber ebenso erfolglos wie die vorausgegangene Berufung. Am 15.9.1933 mußten die Arbeitsbestätigungsscheine wieder aus dem Verkehr gezogen werden; zwei Monate später hat der Wiener Verwaltungsgerichtshof das Verbot der Nothilfe Wörgl endgültig bestätigt.

Das Notenmonopol der Nationalbank war der österreichischen Regierung also wichtiger als der Achtungserfolg, den die kleine Marktgemeinde Wörgl mit ihrer kommunalen Nothilfe-Aktion im Kampf gegen die Wirtschaftskrise errungen hatte. Das Verbot machte natürlich auch die Pläne der vielen anderen Städte und Gemeinden zunichte, dem Wörgler Beispiel zu folgen. Damit war ein zwar kleiner, aber erfolgversprechender Damm gegen die Krise eingeebnet und die Krise konnte nunmehr ihren Lauf nehmen. Eine wachsende Arbeitslosigkeit und eine völlige Zerrüttung der Staatsfinanzen stürzten Österreich in ein inneres Chaos. Nachdem die christlich-sozialen Regierungen unter den Bundeskanzlern *DOLLFUSS* und (nach dessen Ermordung) *SCHUSCHNIGG* den zweifelhaften Versuch unternommen hatten, das wirtschaftlich zerfallende Land in einer Vaterländischen Front zu einigen und mit einer autoritären Politik zu konsolidieren, fiel das Land fünf Jahre später dem Terror des Nationalsozialismus zum Opfer. Nun konnte sich *HITLER* in Österreich – das angeblich nicht aus eigener Kraft aus Chaos und Krise herausfand – als Bringer eines neuen wirtschaftlichen Aufstiegs feiern lassen.

3.3 ... auf die Schweiz

Ein weiteres Glied in der Kette der praktischen Freigeldexperimente bildete die Ortschaft Triesen im Fürstentum Liechtenstein. Hier befand sich im Jahre 1932 ebenfalls ein Ersatzgeld im Umlauf, das den

Schwanenkirchener Wära-Scheinen und den Wörgler Arbeitsbestätigungsscheinen nachgebildet war. Es wurde jedoch ebenfalls verboten.¹⁷

Auch in der Schweiz, wo die Theorien *GESELLs* relativ viele Anhänger gefunden hatten, entstand bereits 1929 auf privater Basis ein mit der deutschen Wära-Tauschgesellschaft vergleichbarer Wära-Interessen-Verband (*WIV*). Seine maßgeblichen Initiatoren waren *Fritz ENGELHARD*, *Hans FORRER* und *Heinrich NIDECKER*.

Dem Wära-Interessen-Verband schlossen sich im Laufe der Zeit rund 230 Klein- und Mittelbetriebe in insgesamt rund 50 Städten und Ortschaften an. Darunter waren Anwalt- und Architekturbüros, Bäckereien, Buchbinder und Buchhändler, Elektrohändler, Fahrradgeschäfte, Friseure, Graphiker, Lebensmittelgeschäfte, Photogeschäfte, Reformhäuser, Schlossereien, Schuhwerkstätten, Schreibwaren- und Uhrengeschäfte.

Als Zahlungsmittel kamen 1- und 5-Wära Scheine in Gebrauch. Die Hauptgeschäftsstelle befand sich in Zürich- ein oder mehrere örtliche Wechselstellen gab es in den Kantonen Aargau, Basel und Baselland, Bern, Graubünden, St. Gallen, Solothurn, Schaffhausen, Thurgau und Zürich.^{17*}

Abgesehen von dieser privaten Wära-Aktion gab es in der Schweiz während des Jahres 1932 auch Bestrebungen, dem Beispiel von Wörgl zu folgen und Freigeldexperimente auf kommunaler Ebene durchzuführen. Die Stadt Biel, die Ortschaft Brienz (nordöstlich von Interlaken) und der Einzelhandelsverband des Kantons Luzern hatten die Absicht, sich mit einem umlaufgesicherten Geld aus der Krise herauszuhelfen.

Da aber die Wära in Deutschland bereits verboten und auch das Experiment von Wörgl fast ständig vom Verbot bedroht war, mußte damit gerechnet werden, daß derartige Selbsthilfe-Aktionen auch in der Schweiz verboten würden. Nach Artikel 1 der Notenbankgesetzgebung hatte nämlich auch die Schweizerische Nationalbank das ausschließliche Recht zur Ausgabe von Banknoten. Um also einem späteren Verbot zuvorzukommen, bemühten sich die Stadtverwaltung von Biel, die Gemeindeverwaltung von Brienz und der Einzelhandelsverband des Kantons Luzern darum, die Vorbereitungen ihrer

17 Der Hinweis auf ein Freigeldexperiment in Liechtenstein findet sich in einem Brief des eidgenössischen Finanzdepartements an den Detailistenverband des Kantons Luzern, er ist abgedruckt in: *F. SCHWARZ*, Vorwärts zur festen Kaufkraft des Geldes, 3. Auflage Bern 1933, S. 65

17* vgl. *FKB-Mitteilungen* Nr. 11/1929, S. 5 und Nr. 4/1930, S. 7 sowie die in Zürich erschienenen „Wära-Nachrichten“ (*FKB* = Fysiokratischer Kampfbund mit Sitz in Berlin)



Im Verkehr mit der Geschäftsstelle, die diesen Schein bis den 15. Januar 1932 annimmt, kostet eine Wära einen schweizer Franken. Um vollständig zu sein, müssen obige Felder an den bezeichneten Tagen mit einer 1 Centmarke beklebt sein. Vom 1.-15. Januar 1932 wird dieser Schein gegen einen Neuen umgetauscht durch den Wära-Interessen-Verband, Postfach Basel 1, oder bei den örtlichen Wechselstellen, die auch die Centmarken liefern. Der Wära-Ausschuss.

Abbildung 3: Schweizerischer Wära-Schein (Vorder- und Rückseite)

Selbsthilfe-Aktionen in Abstimmung mit den offiziellen Währungsbehörden zu treffen. In dieser Absicht machten sie in den Monaten November und Dezember 1932 Eingaben an die Schweizerische Nationalbank sowie an das eidgenössische Finanzdepartement.

Aus der Antwort des Finanzdepartements ließ sich zunächst eine vorsichtig formulierte Bereitschaft zur Kooperation entnehmen: „Nach einer vorläufigen Rücksprache mit dem Präsidenten des Direktoriums der Nationalbank wäre es nicht ausgeschlossen, daß sich unser Noteninstitut bereit erklärte, unter bestimmten Bedingungen einen Versuch mit dem geplanten Gelde zu gestatten.“¹⁸ Kurze Zeit später revidierte die Nationalbank jedoch ihre Einstellung zur praktischen Durchführung von Freigeldexperimenten in der Schweiz. Ein nochmaliges Gesuch aus Biel, Brienz und Luzern wies sie kurzerhand ab und erinnerte mit einem kurzen Hinweis daran, daß die Mißachtung ihres Banknotenprivilegs mit Geldbußen nicht unter 5000 Franken oder Gefängnis bestraft würde. Damit war das Schicksal des Wära-Interessenverbandes und der kommunalen Freigeldexperimente in der Schweiz besiegt.

Nach dieser Nachricht der Schweizerischen Nationalbank wurden die Vorbereitungen für die Ausgabe von Ersatzzahlungsmitteln eingestellt. Und um ein etwaiges Wiederaufleben des Gedankens an eine lokal begrenzte Einführung von Freigeld zu unterbinden, verhinderte die Schweizerische Bundesanwaltschaft eine für Anfang September 1933 geplante Vortragsreise des Wörgler Bürgermeisters *UNTERGUGGENBERGER* durch die Kantone Zürich, Schaffhausen und Thurgau, indem sie ihm nicht nur Redeverbot erteilte, sondern seine Einreise in die Schweiz überhaupt untersagte.¹⁹

3.4 ... auf Frankreich

In Frankreich besaßen die wirtschaftlichen Selbsthilfe-Aktionen bereits einen berühmten Vorläufer. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Pierre Joseph *PROUDHON* in Paris eine Tauschbank gegründet. Sie sollte die Arbeiter in die Lage versetzen, sich von Kapital und Staatsgewalt unabhängig zu machen und sich mit zinslosen Krediten gegenseitig zu helfen. Nach wenigen Wochen zählte die Tauschbank schon rund 20.000 Mitglieder; sie mußte jedoch bald darauf wieder geschlossen werden, weil *PROUDHON* wegen journalistischer Angriffe auf den damaligen Präsidenten Louis *BONAPARTE* zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde.²⁰

In Anbetracht der geistigen Verwandtschaft *GESELLs* mit *PROUDHON* ist es nicht verwunderlich, daß *GESELLs* Theorien in Frankreich Fuß fassen konnten. Ihre Verbreitung wurde gefördert durch Jean *BARRAL*, der in Nizza drei Zeitschriften herausgab.²¹ Sie dienten hauptsächlich dem Bau gedanklicher Brücken zwischen *PROUDHON* und *GESELL*.

BARRAL war es auch, der nach dem Vorbild der deutschen Wära-Tauschgesellschaft die Vorarbeiten für den Aufbau einer privaten Tauschgesellschaft in Frankreich leistete. Diese Bestrebungen erhielten einen erheblichen Auftrieb, als die große Pariser Zeitschrift „*Illustration*“ im September 1933 ausführlich über das Experiment von Wörgl berichtete.²²

Darauffin veröffentlichte die Zeitschrift „*L'Action Nouvelle*“ eine Artikelserie über die Wörgler Nothilfe-Aktion und befürwortete ein praktisches Experiment mit einem umlaufgesicherten Geld auch in Frankreich.

Noch im gleichen Jahr wurde in Paris eine private Tauschgesellschaft „*Mutuelle national d'échange*“ gegründet. Sie war die Dachorganisation aller Mitglieder; da die meisten von ihnen im Seine-Departement sowie in den Städten Cannes, Antibes, Nizza, Menton und in Monte Carlo im Fürstentum Monaco ansässig waren, wurden hier mit der „*Mutuelle d'échange de Nice et des Alpes-Maritimes*“ und der „*Mutuelle d'échange de Paris et de la Seine*“ organisatorische Untergliederungen geschaffen. Ihren Statuten zufolge hatte diese Tauschgesellschaft den Zweck, den Geschäftsverkehr innerhalb ihrer Mitgliedschaft mit Hilfe eines eigenen Zahlungsmittels zu erleichtern. Es trug die Bezeichnung 'Valor'; die einzelnen Scheine mußten ebenso wie die

18 zitiert nach F. SCHWARZ, Vorwärts ... S. 66

19 vgl. F. SCHWARZ, Das Experiment ..., S. 79

20 vgl. P.J. PROUDHON, Bekenntnisse eines Revolutionärs, Reinbek b/Hamburg 1969, S. 147-164. Neben anderen politischen Strömungen spielten PROUDHONS Gedanken nochmals in der Pariser Kommune eine gewisse Rolle (März bis Mai 1871). Später knüpfte LANDAUER an PROUDHON an (vgl. Fußnote 3 im Abschnitt 2)

21 BARRAL gab von 1923 an nacheinander die Zeitschriften 'L'Ordre Social', 'L'Ecole Franchiste' und 'L'Economie franchiste' heraus und veröffentlichte 1935 in Paris das Buch 'La revolution économique'.

22 vgl. Fußnote 14 im Abschnitt 3.2. - Dieses Experiment fand in Frankreich auch in der ökonomischen Fachliteratur seinen Widerhall: G. de VREGILLE, La monnaie libre ou auxiliaire, in: Revue Banque Dezember 1934, S. 651 ff.; A. von MURALT, La monnaie à valeur décroissante et l'expérience de Wörgl, in: Annales de l'économie collective 1934, S. 323 ff.; L. BAUDIN, La monnaie et la formation des prix, Paris 1936, S. 287 ff. und L. BAUDIN, Deux expériences monétaires contemporaines, in: Revue Politique et Parlementaire vom 10.2.1936, S. 209 ff.

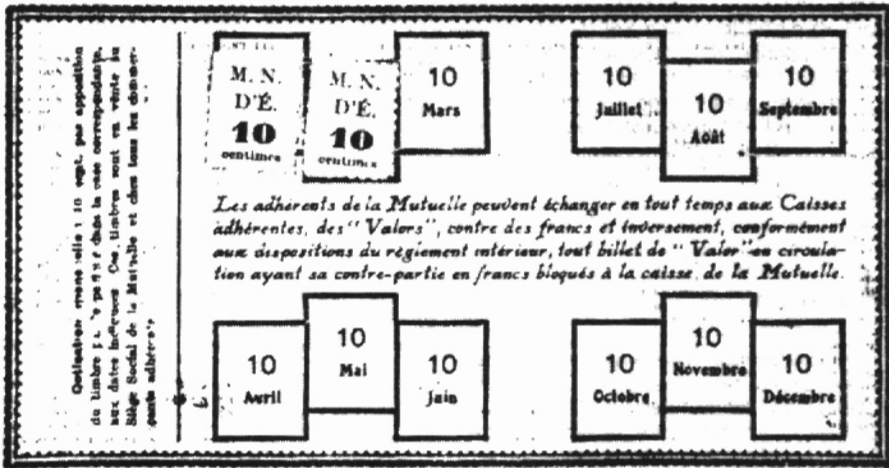


Abbildung 4: Französischer Valor-Schein (Vorder- und Rückseite)

Wära- und Arbeitsbestätigungsscheine in jedem Monat mit gebührenpflichtigen Marken beklebt werden, so daß ihre jeweiligen Besitzer einen Anreiz hatten, sie zügig wieder in den Wirtschaftskreislauf weiterzugeben.²³

Noch ehe die ganze Aktion breitere Kreise ziehen konnte, wurde sie – möglicherweise aus Wunsch der französischen Nationalbank – bereits am 31.7.1935 vom Minister des Inneren verboten. Auf seine Anordnung wurden mehrere Mitglieder der Tauschgesellschaft vom Direktor des Staatspolizei in Nizza vorgeladen und erhielten die Aufforderung, sämtliche Aktionen einzustellen und die Valor-Scheine aus dem Verkehr zu ziehen.²⁴

BARRAL hatte sich außerdem noch mit Unterstützung von M. VAILLANT, dem Präsidenten der Union der Geschäftsleute des Fürstentums Monaco, und M. SORIANO, Mitglied der Chambre Consultative des Fürstentums, darum bemüht, in Monaco ein kommunales Freigeldexperiment nach dem Vorbild von Wörgl durchzuführen und dieses in die private "Mutuelle national d'échange" zu integrieren. Die Vorbereitungsgespräche mit dem Bürgermeister von Monte Carlo und Vertretern der dortigen Finanzverwaltung waren aber nach über einjähriger Dauer im Juni 1935 ergebnislos abgebrochen worden. Am 27. August 1935 verboten die Behörden des Fürstentums schließlich auch die Verwendung der Valors beim Warenaustausch zwischen privaten Geschäftsleuten.²⁵

3.5 ... auf Spanien

Die Ausstrahlungskraft der praktischen Freigeldexperimente reichte sogar noch bis nach Spanien hinein. Hier kam es in der im Nordosten des Landes gelegenen Küstenstadt Puerto de la Selva zu einer kommunalen Selbsthilfe-Aktion, die sich am Beispiel von Wörgl orientierte.²⁶ Über die Initiatoren, den Verlauf und das Ende dieses Experiments ist jedoch nichts Näheres bekannt geworden.

3.6 ... und auf die Vereinigten Staaten von Amerika

Zuguterletzt haben die Erfolge von Schwanenkirchen und Wörgl auch in den USA Aufsehen erregt. Hier fanden sie auch die gewünschte Beachtung durch einen namhaften Exponenten der akademischen Volkswirtschaftslehre. Der international angesehene Geldtheoretiker Professor Irving FISHER, dessen wissenschaftliches Werk ganz der Lösung der Probleme der Kaufkraftstabilisierung galt,

würdigte GESELLs Konzeption eines umlaufgesicherten Geldes als „genialen Gedanken ... Der Plan würde als ein Mittel dienen, die Depression zu brechen, das Geldhamstern zu beenden und die Re-Deflation in Gang zu setzen.“²⁷

FISHER hat zahlreiche Anstrengungen unternommen, um diesem 'genialen Gedanken' in Amerika weitere Anerkennung zu verschaffen. In einem in mehreren hundert amerikanischen Zeitungen veröffentlichten Artikel beispielsweise empfahl er die Sicherung des Geldumlaufs als eine „Maßnahme, die... dazu angetan ist, uns bei richtiger Anwendung in wenigen Wochen aus der Depression herauszuheilen.“²⁸ Diese Anstrengungen zeigten auch baldige Wirkungen. Schon am 20.1.1933 konnte FISHERs Assistent Hans COHRSSSEN in einer Rundfunksendung (die am 17.2.1933 unter dem Titel „Worüber man in Amerika spricht“ auch von mehreren deutschen Sendern ausgestrahlt wurde) berichten, daß zahlreiche amerikanische Städte und Gemeinden mit der Ausgabe von sogenanntem Markennotgeld begonnen hätten.

Diese Städte und Gemeinden stellten Arbeitslose für die Durchführung öffentlicher Investitionen ein und bezahlten die Arbeiter mit Markennotgeld. Sie versicherten, daß die Arbeiter ihre Steuern damit entrichten könnten; ebenso erklärten ortsansässige Geschäftsleute und Banken ihre Bereitschaft, dieses neue Geld anzunehmen. COHRSSSEN berichtete, daß weitere Orte sich des Notgeldes bedienen wollten; auch wurde offenbar eine Einführung in größeren Bezirken erwogen.²⁹

23 Die Satzung der „Mutuelle d'échange de Nice et des Alpes-Maritimes“ ist abgedruckt in der Zeitschrift 'L'économie franchiste' in der Ausgabe vom Oktober 1933, vgl. auch das Wära-Handelsblatt 3 Jg. (1933), Nr. 9, S. 1 – Mit der Ausgabe der Valor-Scheine wurde vermutlich im ersten Quartal des Jahres 1934 begonnen.

24 vgl. P. MOUTON, Le Sabotage des Mutuelles d'échange, in: L'Action Nouvelle vom September 1935

25 vgl. P. MOUTON a a O

26 L'économie franchiste vom Mai 1935 unter Berufung auf einen Artikel „Encore une expérience concluante“ in der französischen Zeitschrift 'Justice et Vérité' vom Mai/Juni 1935

27 I. FISHER, Booms and Depressions, London 1933; hier zitiert nach einer auszugsweisen Übersetzung im Wära-Handelsblatt 3 Jg. (1933), Nr. 5, S. 1 und 2

28 zitiert nach der deutschen Übersetzung „Was kann der Kongreß tun?“ in Wära-Handelsblatt 2. Jg. (1932), Nr. 12, S. 1

29 vgl. Wära-Handelsblatt 3. Jg. (1933), Nr. 1, S. 1 – FISHER nannte in seinem Buch „Stamp Scrip“ (New York 1933, S. 30–44) eine ganze Reihe dieser Orte: Hawarden, Rock Rapids, Albia, Nevada, Pella und Eldora im Bundesstaat Iowa; Evanston in Illinois; Russell in Kansas; Granite Falls und Jasper in Minnesota; Mangum und Enid in Oklahoma; Merced und Anaheim in Californien; Lexington in Nebraska und Knoxville in Tennessee. – An anderer Stelle (Schwundgeld?, in: Das Tage-Buch 13. Jg. (1932), Heft 52, S. 2053 ff) erwähnte FISHER, daß weitere Städte Dakotas und Kaliforniens, auch New Haven und Chicago das Markennotgeld einführen wollten.

In Amerika wurde das Freigeld jedoch nicht richtig angewendet. Ein entscheidender Fehler wurde mit der viel zu hohen Festsetzung der Strafgebühr für gehortetes Geld begangen. Während die Wära- und Arbeitsbestätigungsscheine in den Gemeinden Schwanenkirchen und Wörgl nur monatlich einmal mit einer Marke im Werte von einem Prozent ihres jeweiligen Nennwerts zu bekleben waren, mußte das amerikanische Markennotgeld jede Woche mit Marken im Wert von 2% des Nennwerts der betreffenden Scheine beklebt werden. Die Hortung eines Betrags von beispielsweise 1.000 Dollar für die Dauer eines halben Jahres wurde also mit einer Gebühr in der absurden Höhe von 520 Dollar bestraft.

Damit war der ursprüngliche Sinn dieser Strafgebühr verloren gegangen, der in einer Gleichstellung des Geldes mit den Waren bestanden hatte. Da die Lagerhaltung von Waren durchweg Kosten verursacht, wollte *GESELL* die 'Lagerhaltung' von Geld mit etwa gleich großen Kosten belasten, um die Geldhortung wirtschaftlich uninteressant zu machen und auf diese indirekte Weise die vom Geld ausgehenden Störungen des Wirtschaftskreislaufs zu vermeiden.

In den amerikanischen Markennotgeldexperimenten trat an die Stelle des alten Übergewichts des Geldes über die Waren ein neues Übergewicht der Waren über das Geld. Der Umlaufantrieb des Markennotgeldes war so stark, daß die Scheine eigentlich hätten schneller umlaufen müssen, als die abzusetzenden Waren produziert werden konnten. Da bei der Festlegung der Strafgebühr das richtige Maß weit überschritten wurde, konnten keine krisenfesten Notgeld-Inseln mit stetigen lokalen Wirtschaftskreisläufen entstehen. Die betreffenden Städte und Gemeinden erhielten durch den Verkauf der Klebmarken vielmehr nur eine zusätzliche Quelle von Geldeinnahmen, was überhaupt nicht im Sinne des Erfinders gelegen hatte.

Entsprechend ihrer vorherigen Konzipierung als kurzfristig anzuwendendes Mittel zur Krisenüberwindung wurden die Experimente mit dem Markennotgeld nach einem Jahr eingestellt. Nach Ablauf dieses Jahres waren alle Scheine mit der vorgesehenen Anzahl von Marken beklebt und wurden – wie geplant – gegen offizielle amerikanische Dollars eingetauscht.

Aufgrund der fehlerhaften Handhabung des Markennotgeldes konnten die betreffenden amerikanischen Städte und Gemeinden keine Erfolge erzielen, die denen von Schwanenkirchen und Wörgl vergleichbar gewesen wären. Infolgedessen verlor auch der Gedanke an derartige wirtschaftliche Selbsthilfe-Aktionen an Anziehungskraft. Die Zeit für sie war endgültig vorbei, als es dem amerikanischen Präsidenten *ROOSEVELT* gelang, im Rahmen des New Deal mit umfangreichen Eingriffen

des Staates in die Wirtschaft einen vorläufigen Konjunkturaufschwung einzuleiten. Unter diesen Umständen konnten auch *FISHERS* Bemühungen um eine Einführung eines richtig angewendeten Freigeldes als gesetzliches Zahlungsmittel keine Erfolgsaussichten mehr haben.³⁰ –

Als zweiter namhafter Vertreter der akademischen Volkswirtschaftslehre hat wenige Jahre nach *FISHER* der englische Professor John Maynard *KEYNES* die geldpolitischen Vorschläge *GESELLS* zur Überwindung der Deflationskrise gewürdigt. nach seiner Auffassung ist „...der hinter dem gestempelten Geld liegende Gedanke ...gesund.“³¹ Trotz seiner Anerkennung durch *KEYNES* wurde dieser Gedanke in England aber nicht weiter beachtet. Es sind dort auch keine praktischen Freigeldexperimente wie in anderen Ländern unternommen worden.

3.7 Späte Nachzügler in Frankreich und Brasilien

Unter völlig veränderten äußeren Gegebenheiten – an die Stelle der Deflation war mittlerweile eine Inflation getreten – tauchte der Plan einer Selbsthilfe-Aktion zur Gesundung einer lokalen Wirtschaft nochmals während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auf, und zwar in den französischen Gemeinden Lignières-en-Berry und Marans sowie in der brasilianischen Großstadt Porto Alegre.³²

Lignières-en-Berry liegt in der Nähe von St. Amand im Departement Cher. Seine Einwohnerzahl war im Zuge der Konzentration von Bevölkerung und wirtschaftlichen Aktivitäten auf großstädtische Ballungsräume innerhalb einer Generation um die Hälfte auf rund 1.700 gesunken; die Landflucht ließ die Ortschaft wie so viele ländliche Regionen veröden.

Um das örtliche Wirtschaftsleben zu fördern, wurden auf Initiative des Bürgermeisters *TOURNADRE* und *G.LARDEAUS* im Frühjahr 1956 zunächst eine „Vereinigung der Geschäftsleute und Handwerker

30 vgl. Irving *FISHER*, Feste Währung, Uchtdorf, Weimar, Leipzig 1937, S. 337 – Möglicherweise findet eine detailliertere Wirtschaftsgeschichtsforschung nähere Informationen über die Experimente mit dem Markennotgeld in der von H. *FACK* in San Antonio herausgegebenen Zeitschrift 'The Way Out'

31 J.M. *KEYNES*, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München 1936, S. 302

32 R. *SPIER*, Une Solution – Ein Ausweg, Ratingen 2. Auflage 1961, dokumentierte die Experimente von Lignières-en-Berry (S. 6–17), Marans (S. 18–27) und Porto Alegre (S. 28–37)

von Lignières-en-Berry" und im Anschluß daran eine „Freie Gemeinde von Lignières-en-Berry“ gegründet. Mit solchen freien Gemeinden konnten sich französische Kommunen einen gewissen autonomen Hoheitsbereich verschaffen, der nicht näher durch staatliche Gesetze geregelt war.

Lignières-en-Berry erhielt auf diese Weise einen Freiraum zur selbstbestimmten Gestaltung des örtlichen Wirtschaftslebens. Um den örtlichen Handel zu beleben, gab die „Freie Gemeinde...“ bei den der „Vereinigung...“ angehörenden Kaufleuten und Handwerkern kostenlose Kaufgutscheine an die Kunden ab. Finanziert waren sie aus den Beiträgen, die die „Vereinigung...“ von ihren Mitgliedern einnahm. Die Bezeichnung 'Francs' wurde vermieden, um keinen Konflikt mit der französischen Nationalbank zu provozieren; stattdessen erhielten die Gutscheine den Namen 'bon d'achat'.

Da die Kunden diese Gutscheine jedoch aufbewahrten und keine Käufe damit tätigten, war die ganze Aktion anfangs ein völliger Fehlschlag. Das Blatt wendete sich erst, als M. SORIANO aus Monte Carlo (der bereits in den dreißiger Jahren an der „Mutuelle national d'échange“ beteiligt war) durch die Presse von ihr erfuhr und sich mit TOURNADRE und LARDEAU in Verbindung setzte. Er verglich nicht umlaufende Francs oder bons d'achat mit beladenen Eisenbahnwaggons, die auf ein Abstellgleis geschoben wurden, wo ihre Ladung nunmehr verderbe. Ebenso wie die Bahn eine Art Strafgebühr für stillstehende Waggons erhebe, müsse auch der Stillstand des Geldes bestraft und damit ein indirekter Anstoß zum Umlauf des Geldes geschaffen werden, damit es die Waren zügig von Hand zu Hand transportiere.

Daraufhin wurde eine Regelung getroffen, nach der die bons d'achat am 10. eines jeden Monats mit Marken von 1% ihres Nennwerts beklebt werden mußten. Wer sie also vor diesen Stichtagen für den Kauf von Gütern verwendete, konnte zu seinem eigenen Vorteil den Erwerb der Marken umgehen. Diese Maßnahme führte offenbar tatsächlich zu einer gewissen Belebung der örtlichen Wirtschaft. Störungen dieses lokalen Geldkreislaufs traten jedoch immer noch auf, wenn am 9. eines Monats Leute zur Gemeindeverwaltung kamen und aufgrund mangelnden Verständnisses der Aktion ihre bons d'achat gegen eine zweiprozentige Gebühr in französische Francs umtauschen wollten, um die 1%-Marken nicht kaufen zu müssen.

Im April 1957 wurde das Reglement der Aktion nochmals verändert, um sie attraktiver zu machen. Lohnempfänger, die bereit waren, ihren in französischen Francs erhaltenen Lohn in bons d'achat umzutauschen und diese als Zahlungsmittel zu verwenden, erhielten fortan beim Umtausch eine Prämie in Höhe von 5% ihres Lohns. Die Prämien finanzierte die Freie Gemeinde mit den Erlösen aus dem

monatlichen Verkauf der Marken. Diese „salaire + 5% Aktion“ der Freien Gemeinde von Lignières-en-Berry erregte überall in Frankreich erhebliches Aufsehen. Sie löste auch in anderen Städten und Gemeinden die Absicht aus, diesem Beispiel zu folgen.

Im April 1958 – also zwei Jahre nach dem Beginn des Experiments von Lignières-en-Berry – wurden auch in der Kleinstadt Marans eine „Vereinigung der Geschäftsleute, Handwerker und Lohnempfänger der Stadt Marans“ sowie eine „Freie Gemeinde von Marans“ gegründet. Die Stadt liegt nördlich von Bordeaux unweit des bekannten Badeortes La Rochelle und hatte damals rund 3.500 Einwohner. Über achtzig der 120 örtlichen Geschäftsleute waren bereits Mitglied in der „Vereinigung...“ geworden, als die Freie Gemeinde von Marans im August 1958 die ersten bons d'achat herausgab. Aus der „salaire + 5% Aktion“ von Lignières-en-Berry wurde in Marans eine „salaire + 10% Aktion“.

Die Satzung der „Vereinigung der Geschäftsleute, Handwerker und Lohnempfänger der Stadt Marans“ stimmte weitgehend mit derjenigen von Lignières-en-Berry überein. Nur in einem – allerdings ganz entscheidenden – Punkt wich sie von ihr ab. Und zwar unterschied die Vereinigung in Marans zwei Klassen von Mitgliedern. Zur einen Klasse gehörten die Kaufleute und Handwerker; sie mußten beim Eintritt in die Vereinigung eine einmalige Aufnahmegebühr und einen Jahresbeitrag zahlen und waren außerdem verpflichtet, die in ihren Händen befindlichen bons d'achat am 10. jeden Monats mit einer 1%-Marke zu bekleben. Zur zweiten Klasse gehörten die Landwirte, Arbeiter, Angestellten, Rentner und Sozialhilfeempfänger. Sie brauchten weder eine Aufnahmegebühr noch den Jahresbeitrag zu zahlen und konnten außerdem ihre bons d'achat an den jeweiligen Stichtagen kostenlos bei der Freien Gemeinde abstempeln lassen.

Damit war der Mißerfolg des Experiments von Marans vorgezeichnet. Der Umlaufantrieb der bons d'achat war in keiner Weise ausreichend. Auch mußten sich die Kaufleute und Handwerker gegenüber den Lohnempfängern und anderen Mitgliedern der Vereinigung benachteiligt fühlen. Sie gingen bald dazu über, die Annahme der bons d'achat als Zahlungsmittel zu verweigern und ihre Waren nur noch gegen französische Francs abzugeben. Nach einem Jahr stellte die Freie Gemeinde von Marans ihre Tätigkeit wieder ein. –

Unterdessen war die Selbsthilfe-Aktion der Freien Gemeinde von Lignières-en-Berry noch im Gange. Aber nachdem sich hier zwischenzeitlich bereits Angehörige der Justizpolizei aufgehalten hatten, erließ General de GAULLE eine Rechtsverordnung, die die Wirkung eines Verbots hatte. Sie bedrohte die Ausgabe und Benutzung von Zahlungsmitteln, die das gesetzliche Geld ergänzen oder ersetzen

sollen, mit Gefängnisstrafen von ein bis fünf Jahren bzw. mit Geldstrafen in Höhe von 200.000 bis 20 Millionen Francs. –

Durch den aus Frankreich stammenden, aber in Brasilien tätigen Geschäftsmann Georges ROSIER gelangten im Sommer 1958 Informationen über die Freie Gemeinde von Lignièrès-en-Berry nach Porto Alegre. Porto Alegre ist die Hauptstadt des Bundesstaates Rio Grande do Sul im Süden Brasiliens. Die Stadt verdoppelte ihre Einwohnerzahl allein in den fünfziger Jahren von 300.000 auf 600.000.

In Anbetracht der schweren Krise, in der sich die brasilianische Wirtschaft befand, faßte ROSIER den Entschluß, ebenfalls eine wirtschaftliche - Selbsthilfe-Aktion ins Leben zu rufen. Daraufhin entstand im Oktober die Orecopa (Organizacão Economica Portoalegrense). Der Plan, umlaufgesicherte Kaufgutscheine – sogenannte 'cauteladas de compra' – auszugeben, fand nicht nur die Unterstützung von weiteren Geschäftsleuten, sondern auch von Politikern, der städtischen Handelskammer und sogar des Finanzministers von Rio Grande do Sul.

ROSIER machte auch den Versuch, die Staatsbank von Rio Grande do Sul dazu zu bewegen, die cauteladas de compra neben den offiziellen brasilianischen Cruzeiros auszugeben. Nach drei Monaten signalisierte die Staatsbank: „Wir sind bereit, die cauteladas de compra auszugeben... Aber... wir brauchen die Genehmigung der Sumoc, der für alle Geldfragen und Bankangelegenheiten in Brasilien zuständigen Behörde.“³³

Von dieser Aufsichtsbehörde für das brasilianische Geld- und Kreditwesen hat die Orecopa jedoch keine Nachricht erhalten. Da die Werbung für die geplante „salaires + 10% Aktion“ in den Massenmedien jedoch schon angelaufen war, wollten ROSIER und der übrige Vorstand der Orecopa ihren Beginn nicht mehr hinauszögern. Im November 1959 begannen sie mit der Ausgabe der cauteladas de compra, nachdem es ihnen gelungen war, mit der Zweigstelle Sao Joao der Staatsbank von Rio Grande do Sul einen Vertrag über die Zusammenarbeit bei Umtausch und Einlösung der cauteladas de compra abzuschließen.

Da die cauteladas de compra in Porto Alegre natürlich nicht das allein gültige Zahlungsmittel und die Mitgliedsunternehmen der Orecopa auf vielfältige Weise mit der übrigen Wirtschaft verzahnt waren, war es nicht möglich, einen unabhängigen und in sich geschlossenen Kreislauf der cauteladas de compra entstehen zu lassen. In ihrem Umlauf stellten sich Engpässe ein, besonders im Lebensmittelhandel. Um diesen Schwierigkeiten entgegenzutreten, eröffnete ROSIER im Juni 1960 im Norden von Porto Alegre einen großen Supermarkt „Rancho Orecopa“, in dem alle Einkäufe vom Großhandel und

Verkäufe an die Kunden mit cauteladas de compra abgewickelt werden sollten. Über den weiteren Fortgang dieses Experimentes liegen allerdings keine Informationen vor.

4 Die Bedeutung wirtschaftlicher Experimente für Gegenwart und Zukunft

In der Zwischenzeit ist die Reihe der praktischen Freigeldexperimente – in der Schwanenkirchen und Wörgl zweifellos die Höhepunkte waren – nahezu völlig in Vergessenheit geraten. Lediglich VEIT hat sie noch einmal beiläufig in seinem „Grundriß der Währungspolitik“ erwähnt.³⁴

Diese Experimente haben jedoch nicht nur einen Sammlerwert für eine auf Vollständigkeit bedachte Wirtschaftsgeschichtsschreibung. Mit der Erinnerung an sie soll nicht nur eine alte Lücke in der Wirtschaftsgeschichte geschlossen werden. Auch noch aus einem anderen Grund erscheint es gerechtfertigt, dieses vergessene Kapitel der Wirtschaftsgeschichte nachträglich niederzuschreiben und damit das Wissen um frühere experimentelle Selbsthilfe-Aktionen für die Gegenwart und Zukunft zu erhalten. Es gibt nämlich keinerlei Gewähr dafür, daß die schon chronisch gewordene Stagflationskrise der Wirtschaft in Zukunft nicht noch größere Ausmaße annimmt. Spätestens in dem Moment, in dem das soziale Netz die negativen Folgen der Krise auf die Lebensgestaltung der Menschen nicht mehr auffangen kann, könnte die Erinnerung an die praktischen Freigeldexperimente der dreißiger Jahre in zweifacher Hinsicht durchaus von Nutzen sein.

Wenn die Menschen von der Krise noch härter betroffen würden, könnten zum einen durch private Initiativen wieder wirtschaftliche Selbsthilfe-Aktionen in der hier beschriebenen oder auch in anderen Formen entstehen. So sind beispielsweise in den letzten Jahren bereits das 'Selbsthilfe-Netzwerk' in Berlin und die verschiedenartigsten Selbsthilfegruppen und Arbeitslosen-Selbsthilfeinitiativen entstanden, die zu einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft mit Sitz in Gießen zusammengeschlossen sind und im Dezember letzten Jahres einen

33 zitiert nach R. SPIER a. a. O., S. 32. – Sumoc ist eine Abkürzung für 'Supervisão da moeda e do crédito'.

34 vgl. O. VEIT, Grundriß der Währungspolitik, 3. Auflage Frankfurt 1969, S. 167.

großen Kongreß in Frankfurt abhielten. Zum anderen stellt sich in einer solchen Situation auch für die Wirtschaftspolitik die unumgängliche Frage, mit welchen Mitteln Arbeitslosigkeit und Kaufkraftschwankungen wirksam bekämpft und auf welchem Wege sie eingeführt werden sollen.

Selbst wenn die in Schwanenkirchen und Wörgl erprobten theoretischen Vorschläge *GESELLs* nochmals in solchen Selbsthilfe-Aktionen angewendet und sich dabei erneut bewähren sollten, wäre es freilich unangebracht, sie den Wirtschaftspolitikern im Stile der seinerzeitigen Presseberichterstattung³⁵ als Patentrezepte anzupreisen. Die in kleinem Rahmen erzielten Erfolge sind selbstverständlich noch kein hinreichender Beweis für die absolute Richtigkeit dieser Vorschläge und ihre Durchführbarkeit im großen Rahmen einer gesamten Volkswirtschaft.

Die im kleinen Rahmen durchgeführten Experimente haben auch deshalb nur einen begrenzten Aussagewert, weil sich dabei nur ein Bruchteil der Theorien *GESELLs* verwirklichen ließ. So fehlte nicht nur ein Ansatz zu der von ihm angestrebten Reform des Bodenrechts, sondern auch ein Versuch zur Stabilisierung der Kaufkraft der umlaufgesicherten Wärbzw. Arbeitsbestätigungsscheine, der sich aufgrund des Fehlens einer lokalen Preisstatistik und des gleichzeitigen Vorhandenseins der offiziellen Landeswährungen gar nicht hätte durchführen lassen.

Bei einer pessimistischen Beurteilung dieser Ereignisse ließe sich also der Vorbehalt vorbringen, daß aufgrund der Begrenztheit der Freigeldexperimente eventuelle Schattenseiten der Theorien *GESELLs* im Verborgenen blieben. Dagegen ließe sich bei ihrer optimistischen Beurteilung annehmen, daß die Erfolge der Experimente erst ein kleiner Vorgeschmack auf eine stabile und vollbeschäftigte Wirtschaft waren, die sich vielleicht durch die Anwendung dieser Theorien im großen Rahmen verwirklichen ließe. Die Bereitschaft so vieler Städte und Gemeinden zur Nachahmung dieser Experimente spricht zumindest für die Richtigkeit ihrer Grundprinzipien. Wären sie falsch gewesen, hätten sie bei ihrer praktischen Erprobung sehr schnell Schiffbruch erleiden müssen. Ein Scheitern hätte vermutlich von ganz allein zu ihrem vorzeitigen Abbruch geführt, ohne daß es jemals in mehreren Ländern zu Verboten gekommen wäre.

Es wäre also durchaus überlegenswert, die Vorschläge *GESELLs* zur Überwindung der Krise nochmals in einem Modellversuch auf ihre Leistungsfähigkeit hin praktisch zu überprüfen. Dasselbe gilt auch für andere Vorschläge, denn die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker können in keinem Fall vorher mit Gewißheit sagen, ob sich eine geplante wirtschaftspolitische Maßnahme im nachhinein als richtig erweisen wird oder nicht. Jede in Erwägung

gezogene Maßnahme sollte deshalb vor ihrer Einführung im großen Rahmen in einem kleineren Modellversuch getestet werden.

Um den Erkenntniswert solcher Tests zu erhöhen, wäre es zweifellos notwendig, ein im Vergleich zu Schwanenkirchen oder Wörgl größeres Gebiet als Laboratorium auszuwählen. Eine solche Modell-Region müßte mindestens die Größe eines Regierungsbezirks aufweisen und bei erfolgreichem Verlauf noch vergrößert werden, damit – jedenfalls im Falle eines erneuten Freigeldexperiments – nicht nur die institutionellen Voraussetzungen für die Sicherstellung eines ununterbrochenen Geldkreislaufs, sondern auch für die Stabilisierung der Kaufkraft dieses Geldes geschaffen werden können. Für ein solches Experiment in einem regionalen Maßstab wäre freilich die Erhebung der Geldstillstandsgebühr auf dem Wege des Beklebens der Geldscheine mit Marken ein untaugliches Verfahren. Anstelle dieser veralteten Methode könnte die technisch sehr viel elegantere Methode eines Seriengeldes benutzt werden.³⁶ Außerdem müßte das zu testende umlaufgesicherte Geld für die Dauer des Modellversuchs das allein gültige Zahlungsmittel in dieser Region sein. Die offizielle Landeswährung hätte in ihr solange den Status einer fremden Währung, deren Preis sich nach den üblichen Regeln der freien Wechselkursbildung ergibt.

Allerdings kann man nicht von allen Bewohnern einer in Aussicht genommenen Modellregion erwarten, daß sie das nötige Verständnis für die zu testende wirtschaftspolitische Neuerung aufbringen und – wie in Wörgl – ihre einmütige Zustimmung für deren vorerst befristete Einführung in ihrem Bezirk geben. Ihre Bereitschaft könnte aber unter Umständen geweckt werden, wenn die öffentliche Hand einen bestimmten Geldbetrag gewissermaßen als Versicherungssumme bereithält, um die Bewohner dieser Region im Falle eines Scheiterns des Experiments angemessen zu entschädigen oder ihre Bereitwilligkeit im Falle eines Gelingens mit einer Prämie zu belohnen. Dieser Betrag könnte aus denjenigen Mitteln des öffentlichen Haushaltes zur Verfügung gestellt werden, die bislang mit zweifelhaftem Erfolg für staatliche Beschäftigungsprogramme ausgegeben wurden. Ein solches Mittel zum Abbau von Ängsten vor Neuerungen und zur Risikominderung entspricht übrigens der sogenannten 'Wagnisfinanzierung', die die öffentliche Hand auf technologischem Gebiet schon seit längerer Zeit praktiziert.

35 Die Ereignisse wurden damals mehrfach als „Wunder von Schwanenkirchen“ erklärt (Süddeutsche Sonntagspost, 5. Jg. (1931), Nr. 11, S. 8); gleiches geschah auch in Wörgl.

36 vgl. K. WALKER, Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes, Heidelberg-Ziegelhausen 1951, S. 43 ff.